

ausführlichen Bilanz zusammengefaßt hat.

„Die Beweise, daß Gorleben in den Jahren 1976/77 aus rein politischen Gründen als Standort für ein Nukleares Entsorgungszentrum ausgewählt wurde, liegen auf der Hand. Auch daß in den 1990er Jahren Angela Merkel (CDU) als Bundesumweltministerin alles dafür tat zu suggerieren, Gorleben sei erste Wahl, auch wenn ihr Fachbehörden widersprachen“, schließt auch die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) aus den bisherigen Veröffentlichungen. Die BI bemängelt jedoch, daß der Fokus nicht auch auf das Jahr 1983 gerichtet wurde. Nach Abschluß der Tiefbohrungen, die belegten, daß der Salzstock Wasserkontakt hat, regte die damals federführende Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB) an, alternativ zu Gorleben auch andere Standorte zu untersuchen. „Aber das politische Bonn intervenierte, um den Entsorgungsnachweis nicht zu gefährden, der unter anderem an Fortschritte bei der Erkundung Gorlebens gekoppelt war“, erinnert BI-Sprecher Wolfgang Ehmke. Vergleichende Untersuchungen unter Einschluß Gorlebens hätten damals vor dem Beginn des Abteufens von Schächten noch Sinn gemacht. Die weitere Erkundung in Verbindung mit dem klammheimlichen Ausbau Gorlebens in den 1990er Jahren habe aber die Lügengeschichte um die angebliche Eignungshöflichkeit erst komplett gemacht. „Deshalb verheddern sich die Grünen auch heute politisch, wenn sie einerseits ganz richtig auf Merckels Trickserien verweisen, zugleich aber Gorleben nach 35 Jahren Lug und Trug nicht als Endlager aufzugeben bereit sind“, so Ehmke.

Papierexemplare der Broschüre können kostenlos bestellt werden über das Bundestags-Büro Dorothee Menzner (MdB): dorothee.menzner@bundestag.de, Tel.: 030-

227-73168. Download unter [www.nachhaltig-links.de/index.php/gorleben/1236-verfaelscht-versaecomt-verladen-untersuchungsausschuss-die-linke-im-bundestag-legt-ergebnisse-vor](http://www.nachhaltig-links.de/index.php/gorleben/1236-verfaelscht-versaecomt-verladen-untersuchungsausschuss-die-linke-im-bundestag-legt-ergebnisse-vor)

## Atommüll-Lagerung

### „Altmaier will Gorleben“

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) sieht in den bisherigen Entwürfen des Bundesumweltministers Peter Altmaier (CDU) für ein „Standortsuchgesetz“ eine klare Linie. „Gorleben soll auf Umwegen durchgesetzt werden und die Kontroll- bzw. Klagerechte der Öffentlichkeit werden auf eine „Mitsprache“ zusammengefasst.“ Das gehe aus einem Vergleich der Gesetzentwürfe aus dem Juni und Oktober 2012 hervor. „Wir haben die Gesetzentwürfe unter die Lupe genommen und kommen zu dem Schluß: Altmaier will Gorleben“, so der BI-Sprecher Wolfgang Ehmke.

Zentraler neuer Baustein bei der Endlagersuche ist ein „Bundesamt für kerntechnische Sicherheit“. Aus den Entwürfen werde auch klar, woher das Personal und das Fachwissen der neuen Behörde kommen sollen, zum Beispiel aus der alten Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR). Das Auswahlverfahren falle unter die „Zuständigkeit der [Bundesbehörde/Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe]...“ hieß es im Juni-Entwurf, im Oktober wurde der Hinweis auf die BGR getilgt. Die Rolle des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS), das bisher im Auftrag des Bundes mit der Erkundung bzw. Errichtung von Atommülldeponien befaßt war, gehe gegen null. Stattdessen soll in der neuen Bundesbehörde ein „Institut für die Standortauswahl“ errichtet werden. Der Passus lautet: „Das Institut für die Standort-

auswahl (Institut) ist zuständig für die wissenschaftliche Erarbeitung der Entscheidungsgrundlagen, die Festlegung der standortbezogenen Erkundungsprogramme und Prüfkriterien, die übrige Vorbereitung der Standortentscheidung und sorgt für die Unterrichtung und Beteiligung der Öffentlichkeit.“ Diese soll über eine Begleitgruppe, Bürgerdialoge und Konferenzen eingebunden werden. „Ein Veto- oder Klagerecht ist nicht vorgesehen, man darf mitreden, das ist alles“, beklagt Martin Donat, der BI-Vorsitzende.

„Die BGR steht für die Salzlinie und hat die Luftnummer, der Salzstock Gorleben sei eignungshöflich bzw. geeignet, ständig befeuert“, kritisiert die BI. Die BGR arbeite im Rahmen der „vorläufigen Sicherheitsanalyse Gorleben“ auch an einer Sicherheitsprognose, wie sie im Gesetzentwurf als letzter Schritt vor der Standortentscheidung gefordert wird, ein Sicherheitsnachweis wurde hingegen fallen gelassen.

Im Schulterschuß mit Greenpeace und anderen Akteuren erneuert die BI deshalb die Forderung, daß ein parteiunabhängiger „Zukunftsrat“ und nicht eine weisungsgebundene Behörde, deren Kernpersonal Gorleben favorisiert, den Aufschlag macht, und zwar zur Steuerung und Überwachung der Schritte, wie mit dem Atommüll künftig umgegangen wird. ●

## IPPNW/ICBUW-Report:

### Die gesundheitlichen Folgen von Uranmunition

#### Uranwaffen müssen geächtet werden

Die gesundheitlichen Schädigungen durch Uranmunition

für Zivilbevölkerung, Soldaten und Umwelt sind so gravierend, daß sie international geächtet werden muß. Zu diesem Ergebnis kommt der Report „Die gesundheitlichen Folgen von Uranmunition – Die gesellschaftliche Debatte um den Einsatz einer umstrittenen Waffe“ der internationalen Ärzteorganisation IPPNW in Zusammenarbeit mit der International Coalition to Ban Uranium Weapons (ICBUW).

Abgereichertes Uran (engl. Depleted Uranium; DU) entsteht bei der Anreicherung von Kernbrennstoff für Atomkraftwerke und von waffenfähigem Uran für Atombomben. Weltweit nutzen Militär und Rüstungsfirmen Waffen mit Uranmunition, zum Beispiel um Panzer zu zerstören oder Bunker zu sprengen. Unter anderem besitzen die USA, Großbritannien, Frankreich, Rußland, Griechenland, die Türkei, Israel, Pakistan, Saudi-Arabien und Thailand diese Waffen. Bei der Explosion dieser Munition bildet sich ein Aerosol mit Partikelgrößen im Nano-Bereich. Diese Partikel gelangen durch Einatmen, durch Aufnahme mit dem Wasser oder Nahrungsmitteln, aber auch über Wunden in den menschlichen Körper. Im Blut gelöstes DU wird in wenigen Tagen über die Nieren ausgeschieden, aber im Skelett eingelagerte Uranpartikel liegen dort jahrelang und bestrahlen die umliegenden Zellen mit Alpha-Teilchen. Das verursacht Knochentumore und Leukämie. Eingeatmete Uranpartikel werden in der Lunge abgekapselt oder in regionale Lymphknoten transportiert, wo sie dauerhaft verbleiben und Krebs erzeugen können.

Es gibt inzwischen reichlich Fachliteratur über die schädlichen Wirkungen des Urans. In den Gesundheitsteil dieses Reports haben die Ergebnisse von über 100 wissenschaftlichen Arbeiten Eingang gefunden. Es sind vorwiegend experimentelle Studien an Zell-

kulturen, Tierversuche mit Ratten und Mäusen, aber auch epidemiologische Untersuchungen aus den DU-belasteten Kriegsgebieten. Diese Erkenntnisse widerlegen die Behauptung von Befürwortern und Nutzern dieses Waffentyps, die Gefährlichkeit von Uranmunition sei äußerst gering.

Im Irak, wo Uranwaffen 1991 und 2003 eingesetzt wurden, berichten Ärzte über einen alarmierenden Anstieg schwerer Fehlbildungen bei Neugeborenen: Nicht nur in Basra, sondern auch in Fallujah, der 2004 und 2005 stark umkämpften Stadt. Deshalb gab die Weltgesundheitsorganisation (WHO) 2010 zusammen mit dem irakischen Gesundheitsministerium eine Studie in Auftrag, mit der Art und Häufigkeit der Fehlbildungen in sechs irakischen Provinzen untersucht werden sollen.

DU schädigt das Leben auf zweifache Weise: Als Schwermetall ist es chemotoxisch, als radioaktive Substanz radiotoxisch. Beide Wirkungen potenzieren sich. Für die betroffenen Bevölkerungen ist das Vorsorgeprinzip von großer Bedeutung, um toxische und radiologische Langzeitschäden von Kriegen zu verhindern. „Wir müssen unsere Kinder und die nachfolgenden Generationen wirksam schützen“, so Dr. Winfried Eisenberg, Kinderarzt und Mitautor der Studie.

IPPNW und ICBUW unterstützen den auf der UN-Generalversammlung eingebrachten Resolutionsentwurf zum Thema Uranmunition als ersten Schritt zu einer Ächtung von Uranwaffen. Darin wird zum ersten Mal auf das Vorsorgeprinzip Bezug genommen. Danach müßte der Verwender von Uranmunition deren Ungefährlichkeit für Umwelt und Zivilbevölkerung vor einem Einsatz nachweisen.

Den Report findet sich im Internet unter <http://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Frieden/IPPN>

W\_ICBUW\_Report\_DU\_Munitio  
n\_2012.pdf ●

## Atomindustrie

# Welt- Statusreport 2012

Zwanzig Jahre nach der Veröffentlichung des ersten Welt-Statusreport Atomindustrie zeichnet der Report 2012 das Bild einer Branche, die unter Druck geraten ist – durch die Weltwirtschaftskrise, die Katastrophe von Fukushima, die zunehmend scharfe Konkurrenz, aber auch durch eigene Fehler in Planung und Management:

Nur 7 Reaktoren wurden 2011 in Betrieb genommen, 19 Kraftwerke dagegen abgeschaltet.

Vier Länder haben den Ausstieg aus der Atomkraft offiziell angekündigt.

Mindestens fünf Länder haben entschieden, nicht in die Atomkraft ein- bzw. wieder einzusteigen.

In Bulgarien wurden nach 25 Jahren Bauzeit zwei Projekte aufgegeben.

In vier Ländern wurden Neubauprojekte offiziell annulliert. Mindestens 18 von 59 Baustellen verzeichnen mehrjährige Verzögerungen.

Baukosten steigen rapide. Der europäische EPR soll inzwischen das Vierfache der ursprünglich veranschlagten Kosten verursachen.

Zwei Drittel der untersuchten Atomfirmen wurden von der Ratingagentur Standard & Poor's in den letzten fünf Jahren herunter gestuft.

Bis auf eine Ausnahme schnitten die Aktien großer Atomfirmen schlechter ab als der britische Börsenindex FTSE100. Der Aktienwert des weltweit größten Atombetreibers, des französischen Staatskonzerns EDF, verlor bis zu 82 Prozent, jener des weltweit größten Reaktorbauers, des

französischen Staatskonzerns AREVA, bis zu 88 Prozent.

Im Gegensatz hierzu haben die Erneuerbaren Energien weiterhin hohe Steigerungsraten zu verzeichnen:

Weltweite Investitionen in Erneuerbare wurden auf 260 Milliarden US-Dollar für 2011 geschätzt, fast das Fünffache der Zahl für 2004. Kumuliert wurden über den selben Zeitraum über eine Billion US-Dollar ausgegeben, verglichen mit Investitionsentscheidungen im Atomsektor von etwa 120 Milliarden US-Dollar.

Die installierte Atomkraftkapazität nahm 2011 noch einmal ab, während die Windenergieanlagen im selben Jahr um 41 Gigawatt (GW) zulegten. In China stiegen Wind- und Solarkapazität in den letzten fünf Jahren um das 50fache, während die Leistung der Atomkraftwerke nur um etwa 50 Prozent anstieg.

In der Europäischen Union fiel die installierte Atomenergieleistung um 14 GW, während 142 GW an Erneuerbaren hinzugebaut wurden, 18 Prozent mehr als an Erdgaskraftwerken mit 116 GW.

In Deutschland wurde 2011 zum ersten Mal mehr Strom aus Erneuerbaren erzeugt, als aus Atomkraftwerken. Die deutsche Produktion aus Erneuerbaren entsprach 29 Prozent der in französischen Atomkraftwerken erzeugten Kilowattstunden.

In China wird derweil für 2012 ebenfalls erwartet, daß Windturbinen alleine mehr Strom erzeugt haben werden als alle 16 Atomkraftwerke im Lande zusammen.

Der Welt-Statusreport Atomindustrie 2012 ist jetzt komplett in deutscher Sprache erschienen. Autoren sind Mycle Schneider (Paris) und Antony Froggatt (London). Der Report steht exklusiv im eKiosk der Berliner Tageszeitung (taz, <https://www.taz.de/zeitung/e-paper/e-kiosk/>) zum Download bereit (PDF, 104 Seiten, € 9,90). Die englische Aus-

gabe des Berichts ist auf [www.WorldNuclearReport.org](http://www.WorldNuclearReport.org) verfügbar. Aktuelle Kurzmeldungen zu wesentlichen Entwicklungen seit Erscheinen der englischen Version des Berichts sind dort in der Rubrik Essential News zu lesen. ●

## Buchmarkt

# Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv

Unter diesem Titel hat der Laika-Verlag in bisher drei Bänden die Geschichte des Widerstandes gegen die Atomenergienutzung in Deutschland dokumentiert. Ein vierter Band soll im Frühjahr 2013 erscheinen. Der erste Teil beschreibt die Vorgänge in Wyhl, Brokdorf, Grohnde und Wackersdorf. Der zweite Teil führt die Geschichte fort bis in das Jahr 2011. Der dritte Band befaßt sich mit den Krebsfällen in der Elbmarsch und dem Gau in Fukushima und der vierte Band wird sich mit dem Atommüll, mit den Castoren, Gorleben und der Asse befassen.

Der Pfiff dieser Reihe besteht darin, daß die Texte durch Kopien einschlägiger Filme auf DVD ergänzt werden. Das ist eine ganz hervorragende Idee. Der dritte Band liegt uns vor – er enthält Beiträge von Winfried Eisenberg, von der Meßstelle für Arbeits- und Umweltschutz Bremen, Inge Schmitz-Feuerhake und Sebastian Pflugbeil im Ersten Teil. In allen Texten geht es darum, daß Atomkraftwerke Kinder krank machen. Der besondere Beitrag in diesem Teil des Buches stammt von den beiden ZDF-Journalistinnen Barbara Dieckmann und Angelica Fell: Verschweigen, vertuschen, verharmlosen – Die Leukämiekatastrophe an der